

Riedericher Erklärung

Klausurtagung 14.01.2012

Die neue Ausgestaltung der Energieversorgung

I. Vorwort

Deutschland hat mit dem beschlossenen Atomausstieg die Wende in der Energiepolitik eingeleitet. Während ein Großteil der europäischen Nachbarländer weiterhin auf die Kernenergie setzt, gilt es für Deutschland als Industrienation den Sektor der erneuerbaren und nachhaltigen Energiegewinnung zu stärken. Doch eine „Stärkung“ allein wird nicht reichen, um die Herausforderungen der Energieversorgung zu meistern. Der Wohlstand in Baden-Württemberg ist in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Energie zu moderaten Preisen abhängig und darf nicht zum Spielball der Politik werden.

Neben der allgemeinen Versorgungssicherheit und der Umwelt- und Sozialverträglichkeit geht es hierbei auch um den Standortfaktor „Energie“ und letztlich um die Zukunft des Industriestandorts Baden-Württemberg. Die Kernkraft bildete in den letzten Jahrzehnten neben den fossilen Brennstoffen das sichere Fundament unserer Energiegewinnung. Im Gegensatz zu den fossilen Brennstoffen brachte die Kernkraft zudem den Vorteil mit sich, zu einer nach dem Kyoto-Protokoll geforderten CO₂-armen Energiegewinnung beizutragen. Weder der Bürger selbst noch der Wirtschaftsstandort darf aus den genannten Gründen durch den Ausstieg aus der Kernkraft benachteiligt werden.

Um dies zu verhindern muss die Landesregierung ihrer Informationspflicht nachkommen und den Kommunen und Bürgern die Fakten, Bedeutung und Folgen des notwendigen Ausbaus der erneuerbaren Energiegewinnung offenlegen und diese aktiv mit in die strategische Ausarbeitung von Lösungsansätzen einbeziehen. Doch bisher ist das Verhalten der grün-roten Landesregierung ausschließlich von fehlender Transparenz und mangelnder Kommunikation geprägt. Die Bürger und Kommunen dürfen nicht länger mit „nicht zu Ende gedachten“ Schnellschüssen überrannt werden sondern müssen sorgsam in die Entwicklungsprozesse mit einbezogen werden.

Am Beispiel der Windkraft, der in Baden-Württemberg mit Blick auf die Region Schwäbische Alb und Schwarzwald eine besondere Bedeutung zukommt, lassen sich die Versäumnisse der Landesregierung exemplarisch darlegen und sinnbildlich auf die übrigen Bereiche der erneuerbaren Energiegewinnung übertragen.

31 In dem von grün-rot definierten Regionalplan wurde eine Vorauswahl geeigneter Standorte
32 für den Bau von Windrädern festgelegt und an die Kommunen übermittelt. Notwendige
33 Aufklärung und Bürgernähe Fehlanzeige. Der Bürger und die Kommune werden nahezu
34 vorsätzlich allein gelassen und dürfen darüber spekulieren, was wirklich auf sie zukommt.
35 Die Notwendigkeit zusätzlicher Windräder darf nicht zur Rechtfertigung für fehlerhafte In-
36 formationspolitik und mangelnde Transparenz werden. Der Bürger und die Kommune vor
37 Ort müssen über die komplexen Zusammenhänge aufgeklärt werden, denn von der Pla-
38 nung bis zur Fertigstellung eines Windrads vergehen mehrere Jahre. Eine Zeit in der die
39 Gemeinde Einschränkungen durch die Baustelle und zusätzliche Zufahrtswege in Kauf
40 nehmen muss, während dem Hersteller der Anlage deren spätere Funktion relativ egal
41 sein kann, da er sein Geld mit deren Errichtung verdient.

42 Die Kommunen sind letztlich die Träger des nachhaltigen Energiekonzepts und müssen
43 als treibende Kraft einer schläfrigen Landesregierung auf die Finger klopfen, um böse Ü-
44 berraschungen zu vermeiden.

45

46 **II. Windkraft**

47

48 **1. Die Junge Union begrüßt technischen Fortschritt...**

49 Wir sind uns der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen bewusst und
50 halten deshalb dazu an, die Energiepolitik besonnen, wirtschaftlich und ökologisch zu ges-
51 talten.

52 Neben der Suche nach neuen Energieträgern bedeutet dies aber auch, die Verbesserung
53 der Technik und des Wirkungsgrades bei bereits bekannten Stromquellen. Eine Onshore-
54 Windkraftanlage im Jahre 1990 konnte gerade einmal 350 kW Leistung erbringen, wäh-
55 rend sie 2011 schon 3000 kW leistete. Dies ist ein Fortschritt, auf den der Technologie-
56 standort Baden-Württemberg stolz sein kann.

57 Die Junge Union Reutlingen unterstützt den Energiewandel um langfristig von Atomstrom,
58 sowohl selbst erzeugt als auch importiert, unabhängig zu werden. Wir fordern jedoch ei-
59 nen besonnenen und wohl überlegten Ausbau.

60 Wo erneuerbare Energien im Sinne des Umweltschutzes sinnvoll betrieben werden kön-
61 nen, unterstützen wir den lokalen Ausbau.

62

63 *Anmerkung: Der Standort Wald wird in der folgenden Argumentation exemplarisch verwendet. Da Waldflä-*
64 *chen häufig fern von Wohngebieten sind, gelingt es hier besser, die ausreichenden Abstände einzuhalten.*
65 *Baden- Württemberg ist zu etwa 38% bewaldet. Das Bewaldungsprozent der windexponierten Lagen liegt*
66 *aber deutlich darüber, da hier die Landwirtschaft meist nur unter erhöhtem Aufwand möglich ist. Das bisher*
67 *unberührte Ökosystem Wald wird somit zu einem bedeutenden Standort für Windparks.*

68

69 **2. Wenn wir Energie aus Sonne und Wind wollen, muss der Nebel weg**

70 Die Junge Union fordert die Landesregierung, die Regionalverbände und die Kommunen
71 im Sinne aller Bürger auf, die Bürgerschaft frühzeitig und umfassend zu informieren und
72 zu beteiligen. Transparenz ist ein wichtiges demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungs-
73 recht aller Bürger.

74 Die Aufklärung sollte nicht nur bezüglich der geplanten Auszeichnung von Vorrangflächen
75 und Bauvorhaben stattfinden, sondern auch mittelbare Zusammenhänge wie z.B. Renatu-
76 rierungsmaßnahmen, den benötigten Anschluss an das Hochspannungsnetz, Besitzver-
77 hältnisse, die Ausmaße des Bauvorhabens und vieles mehr umfassen. Bisherige Bürger-
78 entscheide zum Bau von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg zeigen, dass die Bevöl-
79 kerung ausgiebige Informationen und Beteiligung von politischer Seite erwartet.

80

81 **3. Verschiedene Definitionen von "Wirtschaftlichkeit"**

82 Windkraftanlagen sollten zunächst wirtschaftlich sein. Doch was bedeutet Wirtschaftlich-
83 keit in diesem Zusammenhang?

84 Ist es finanzieller Profit- so sind die Betreiber großer Windparks die großen Gewinner.
85 Durch Steuer- Abschreibungen und Subventionen "lohnen" sich für sie Windkraftanlagen,
86 deren Rotorblätter sich noch kein einziges Mal gedreht haben.

87 Ziel kann es nicht sein, aus Placebo-Maßnahmen Profit zu schlagen. Aus Respekt vor un-
88 serer intakten Alblandschaft lehnen wir rein ökonomisch rentable Bauvorhaben deshalb
89 strikt ab.

90 Ist mit Wirtschaftlichkeit etwa gemeint, die Windkraftanlagen nur an Standorten aufzustel-
91 len, an denen ein Mindestertrag ab einer Windhöffigkeit von 5,8 m/s in 100m über Grund
92 erreicht wird? Ist ein Standort, an dem der Wind mit 5,9 m/s weht also wirtschaftlich? Die
93 Junge Union ist sich einig, dass die tatsächliche Windhöffigkeit die Mindestanforderungen
94 deutlich übersteigen sollte, um wirklich von Wirtschaftlichkeit reden zu können.

95 Sind Windparks also unsere Rettung? Windenergie ist für uns sicherlich nicht das Ziel
96 sondern allenfalls ein Stück des Weges hin zum Ziel. Ist bis 2020 also jede von den Regi-
97 onalverbänden ausgezeichnete Vorrangfläche auch tatsächlich bebaut, so wird (rein rech-
98 nerisch) ein Zehntel des benötigten Stromes in Baden-Württemberg durch Windenergie
99 erzeugt. Zusätzlich brauchen wir Speichermedien wie Pumpspeicherkraftwerke um das
100 Problem der Grundlastfähigkeit zu lösen. Und selbst dann fehlen uns noch 90 % des
101 Stromes. Der Wind wird nicht auf Anfrage der Regierung stärker wehen und der Platz für
102 weitere Windkraftanlagen wird erschöpft sein. Eine Patentlösung liegt hier keinesfalls vor.
103 Und genau dessen muss sich ein jeder bewusst werden. Windkraft: ja, aber nicht um je-
104 den Preis. Genauso wie jeder von einer Atomkatastrophe beeinflusst ist, muss auch jeder
105 einen Beitrag zur modernen Energiegewinnung leisten.
106 Im Zweifel ist der "kleine Bürger" aber der Verlierer, wenn er von Giganten aus Beton und
107 Stahl zugestellt wird.

108 Die Junge Union fordert deshalb, Windparks nur dann zu errichten, wenn sie sich nicht nur
109 für den Betreiber, nicht nur für die Befriedigung eines ökologischen Gedankengutes, son-
110 dern für jeden einzelnen Bürger lohnen.

111

112 **4. ...aber: nicht alles was neu ist, ist toll:**

113 Die Junge Union Reutlingen ruft dazu auf, die mannigfaltigen Auswirkungen durch Bau
114 und Betrieb von Windkraftanlagen genauer unter die Lupe zu nehmen.

115

116 **a) Eingriffe in natürliche Lebensräume**

117 Die Junge Union Reutlingen weist hiermit auf die Eingriffe in natürliche Lebensräume von
118 Flora und Fauna sowie auf Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch große Baumaß-
119 nahmen hin. Als verantwortungsbewusste Bürger und Christdemokraten ist die Wahrung
120 der Schöpfung für uns das oberste Gebot. Selbstverständlich kann und soll nicht gänzlich
121 auf Eingriffe verzichtet werden. Allerdings sollten diese zwingend geeignet, erforderlich
122 und verhältnismäßig sein.

123 Wald ist eines der wichtigen Elemente im globalen Ökosystem. Er ist öffentliches Gut mit
124 symbolischer Bedeutung, Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktion und in bestimmten Regio-
125 nen kann ihm eine identitätsstiftende Bedeutung zugemessen werden.

126 Auch tierökologische Kriterien wie die Störung oder den Verlust von Fortpflanzungs- und
127 Ruhestätten gilt es zu beachten.

128 So vielfältig die Wahrnehmungen und Funktionen des Waldes sind auch die denkbaren
129 Auswirkungen und Konflikte der Windenergienutzung im Wald und deren Bewertungen.
130 Da der bisher nahezu unangetastete Lebensraum durch den Bau von Windparks einer
131 dauerhaften Nutzungsumwandlung unterzogen wird, fordern wir an dieser Stelle besonde-
132 re Rücksicht und große Anstrengungen bei der Abwägung der Verhältnismäßigkeit des
133 Eingriffs. Vor Einzelfallprüfungen sollte keinesfalls zurückgeschreckt werden.

134

135 **b) Eingriffe in das Landschaftsbild**

136 Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einer Gesamthöhe von 200
137 Metern verändern das Landschaftsbild nicht nur unerheblich. Regionalen Anforderungen
138 wie der besonderen Bedeutung von Tourismus sollte hier Rechnung getragen werden.

139

140 Um die Einschnitte in das Landschaftsbild im Rahmen zu halten und einer Verspargelung
141 vorzubeugen, begrüßt die Junge Union kommunenübergreifende Flächenauszeichnungen
142 und Kooperationen an Gemeindegrenzen.

143

144 **c) Großer Druck auf Akteure**

145 Die rot- grüne Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 10% des Strombedarfs
146 in Baden- Württemberg durch "heimische" Windenergie zu erzeugen. Sie führt an, dass
147 hierzu weitere Auszeichnungen von möglichen Windkraftstandorten nötig sei.

148 Vielen Bürgern scheint es unglaublich, dass nach der neuen Auszeichnung durch die
149 Regionalverbände genau so viele geeignete Standorte gefunden werden konnten, wie zur
150 Erzeugung genau dieser 10 % Energie (inkl. einem kleinen Puffer) erforderlich sind.

151 Im Vorblatt zur Änderung des Landesplanungsgesetzes heißt es weiter: " Die Regional-
152 verbände, insbesondere die Städte und Gemeinden benötigen [...] Zeit, da für die Prüfung,
153 Planung, Erhebung und Abwägungen notwendig sind."

154 Bedauernswerterweise hat die Junge Union Reutlingen nicht den Eindruck bekommen, als
155 würden den Akteuren hier große Zeiträume gewährt, um mit gesundem Menschenvers-
156 tand vorzugehen und im Interesse der Bürger zu entscheiden. Vielmehr spüren wir den
157 enormen Druck, der auf die Kommunen ausgeübt wird.

158 Es fehlt de facto an Zeit. Zeit, die voreilige unüberlegte Entscheidungen verhindern und
159 Transparenz und Bürgerbeteiligung ermöglichen könnte. Die parteipolitische Erwägung,
160 bis 2020 den Anteil der Windkraft in Baden- Württemberg auf 10 % auszubauen geht so-
161 mit zu Lasten unserer Landschaft und der Nachwelt. Der Notwendigkeit einer alternativen
162 Stromversorgung sind wir uns bewusst. Wir fordern allerdings, auch echte, lückenlose,
163 tragbare und langfristige Energiekonzepte zu entwickeln.

164

165 **d) Genau hinschauen lohnt sich**

166 Oft werden bei den Aufklärungen über die Baumaßnahmen für Windkraftanlagen nur die
167 Inanspruchnahme einer dauerhaften Fläche für die Anlage selbst und die vorübergehende
168 Nutzung von Fläche für die Errichtung der Anlage berichtet. Dauerhafte Stellplätze für
169 Kräne und die Zuwegung stellen in der Summe aber nicht unerhebliche Flächen dar, die
170 dauerhaft in Anspruch genommen und versiegelt werden. Um den erzeugten Strom auch
171 transportieren zu können, ist ein Anschluss an eine Hochspannungsleitung erforderlich,
172 die meist erst zur Windkraftanlage hin erschlossen werden muss. Unter erhöhtem Kosten-
173 aufwand kann dies auch unterirdisch erfolgen. Konsequenterweise sollte bereits mit dem
174 Bau des Windrades die erforderliche Genehmigung für die Stromtrasse vorliegen. Hinzu
175 kommt i.d.R. die Errichtung mehrerer Transformationsstationen.

176 Findet die Baumaßnahme im Wald statt, so wird Naturalersatz in Form von Ersatzauffors-
177 tung fällig. Zusätzliche Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen sowie die Zahlung einer
178 Walderhaltungsabgabe sind neben vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen ("CEF") eben-
179 falls zu beachten, um ökologisch wichtige Funktionen aufrecht zu erhalten.

180 Mangels ernstzunehmender Alternativen möchte die Junge Union Reutlingen aber keines-
181 falls die Windkraft als solches schlecht machen. Sie fordert vielmehr dazu auf, sich erst
182 einmal des tatsächlichen Umfangs und der Tragweite der Errichtung von Windkraftanlagen
183 bewusst zu werden und erst dann(!) über konkrete Standorte zu entscheiden.
184 Fraglich ist nicht mehr das OB, sondern das WO und WIE.

185

186 **5. Umweltverträglichkeitsprüfung**

187 Angesichts der mannigfaltigen Umweltbeeinträchtigungen, die Windfarmen mit sich brin-
188 gen können, begrüßt die Junge Union Reutlingen die vorgesehenen Umweltverträglich-
189 keitsprüfungen (UVP).

190 **6. Bürgerwindrad**

191 Angesichts des vorrangigen Ziels der Akzeptanzsteigerung sollten sogenannte Bürger-
192 windräder gefördert werden. Hierdurch wird möglichst vielen Bürgern die finanzielle Teil-
193 habe ermöglicht.

194

195 **7. Potentielle Nutzen**

196 Generell sieht die Junge Union Reutlingen das größte Potential im Ausbau der Offshore-
197 Anlagen in der Nord- und Ostsee und im Bau von großen Onshore-Windparks in Küsten-
198 nähe.

199 Während die Potentiale bei der Stromerzeugung aus heimischer Biomasse erschöpft sind,
200 sieht die Junge Union bei Photovoltaik und Windenergie noch erhebliche Ausbaupotentia-
201 le.

202

203 **8. Wertschöpfung**

204 Die Errichtung von Windkraftanlagen bietet mannigfaltige Möglichkeiten zur Wertschöp-
205 fung vor Ort, die in erster Linie der lokalen Wirtschaft zu Gute kommen.

206

207 **III. Problem der Fläche**

208 Die Fläche, die wir für all unser Handeln zur Verfügung haben, ist begrenzt. In erster Linie
209 wird sie für Bauvorhaben- also Städte, Straßen und weitere Infrastruktur- in Anspruch ge-
210 nommen. Weitere Teile der Landschaft sind von Wasser bedeckt und der Rest wird für
211 land- und forwirtschaftliche Maßnahmen genutzt. Agrarerzeugnisse der landwirtschaftli-
212 chen Fläche dienen ursprünglich der Versorgung von Mensch und Tier. Doch die Anforde-
213 rungen der heutigen Gesellschaft gehen weit über diese simple Flächennutzung hinaus.
214 Der Wille zum Atomausstieg erfordert einen Mix aus verschiedenen Energiequellen. Eine
215 grundlastfähige Möglichkeit bietet hier beispielsweise die Energiegewinnung aus Biomasse.
216 Dank der garantierten Einspeisevergütung lassen sich mit Biogasanlagen nun höhere
217 Renditen erwirtschaften als mit herkömmlicher Landwirtschaft. Der landwirtschaftlich nutz-
218 baren Fläche wurde somit eine weitere Funktion zugetragen.

219 Durch den Bau eines Windparks in den Wald, werden Ausgleichsaufforstungen fällig.

220 Doch an welcher Stelle wollen wir Wald aufforsten?

221 Auf dem Acker, der unsere Nahrungsversorgung sichert, oder auf dem Maisfeld, dessen
222 Biomasse wir zur Stromgewinnung brauchen?

223 Die Junge Union Reutlingen hat dieses Problem bei ihrer Klausurtagung erkannt und will
224 deshalb zu besonnener Einteilung der Fläche aufrufen.

225

226 **IV. Energiemix für die Zukunft**

227

228 **1. Kernkraft**

229 Die Kernkraft wird in den nächsten Jahren die wichtige Funktion als Brückentechnologie
230 einnehmen. Das vorgelegte Energiekonzept wurde nahezu ohne die Einbindung der Be-
231 völkerung festgelegt und wenn man das vergangene Jahr 2011 betrachtet, fällt die Zu-
232 nahme der Stromimporte auf. Es darf nicht unter den Teppich gekehrt werden, dass
233 Deutschland während der nächsten Jahre auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen
234 sein wird. Der importierte Atomstrom darf nicht als weniger bedenklich bewertet werden,
235 als wenn er innerhalb Deutschlands produziert würde. Es kann nicht sein, dass ausländi-
236 sche Atomkraftwerke durch den deutschen Ausstieg rentabler werden. Zusätzlich fordert
237 die Junge Union die Landes- und Bundesregierung auf, auf eine globale Lösung zum Aus-
238 stieg hinzuwirken.

239

240 **2. Kohle**

241 Die Energiegewinnung aus Kohle ist eine klassische, konventionelle und preisgünstige
242 Variante. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 24,3% der verbrauchten Primär-
243 energie aus Kohle gewonnen. Aufgrund des beschlossenen Atomausstiegs ist mit einem
244 Anstieg zu rechnen. Ein höherer CO₂-Ausstoß wäre die logische Konsequenz. Angesichts
245 des gewaltigen Bedarfs an Kohlekraftwerken weltweit sind Technologien zur Effizienzstei-
246 gerung und CO₂-Speicherung notwendig, um die Umwelt zu entlasten.

247 Die JU Reutlingen fordert, dass Baden-Württemberg hier durch seine innovative Industrie
248 und gute Forschungslandschaft eine Spitzenstellung einnimmt.

249

250

251

252

253 **3. (Erd-)Gas**

254 Gaskraftwerke zeichnen sich durch eine CO₂-arme Emissionsbilanz und relativ kurze Pro-
255 jektlaufzeiten aus und könnten mittelfristig die CO₂-intensive Energiegewinnung aus Öl
256 und Kohle ersetzen. Sie erhöhen jedoch die Abhängigkeit Baden-Württembergs und
257 Deutschlands von den osteuropäischen Staaten, die oftmals politisch instabil sind und als
258 Gaslieferanten fungieren. Der Anteil von aus Erdgas gewonnener Energie betrug in
259 Deutschland im Jahr 2011 20,6% des gesamten Energieverbrauchs.

260

261 **4. Wasserkraft**

262 Die Wasserkraft ist eine der ältesten Formen der Energiegewinnung und gilt für die Zu-
263 kunft als größte erneuerbare Energiequelle. Wasserkraftanlagen gibt es in unterschiedli-
264 chen Formen. Baden-Württemberg weist großes Potential für den Neubau als auch für die
265 Reaktivierung von Altanlagen auf. Bisher sind Wasserkraftanlagen oft das Ziel lokaler Bür-
266 gerinitiativen und stehen im Konflikt mit der Fischerei und der Schifffahrt. Ziel muss es
267 sein, die Akzeptanz durch das Aufzeigen von Synergieeffekten zwischen Ökologie und
268 Energiegewinnung zu steigern.

269 Die Junge Union fordert die Grün-Rote Landesregierung auf, einen Wasserkraftatlas, nach
270 Vorbild des Ausweises von Windkraftstandorten, vorzunehmen und die entsprechenden
271 Genehmigungsverfahren zu vereinfachen bzw. zu verkürzen.

272

273 **5. Photovoltaik**

274 Statistisch gesehen kommen in Deutschland die Hälfte der weltweit produzierten Photovol-
275 taikplatten zum Einsatz, obwohl die Anzahl der durchschnittlichen Sonnenstunden im eu-
276 ropäischen Vergleich keine Spitzenposition einnimmt. Durch hohe Umlagen der Mehrkos-
277 ten, die die Stromkunden tragen, hat sich die Anwendung, basierend auf dem Erneuerba-
278 ren-Energie-Gesetz (EEG), zu einer lohnenden Investition entwickelt. Zu einer gesicherten
279 Energiegewinnung trägt sie jedoch nur unwesentlich bei.

280 Es findet in Baden-Württemberg mit Blick auf den Herstellungsprozess auch zu kaum
281 Wertschöpfung statt, da die meisten Anlagen im Ausland produziert werden. Mit Blick auf
282 die Zukunft sollte der über Photovoltaikanlagen produzierte Strom vor Ort genutzt werden,
283 da eine Rückeinspeisung in das Stromnetz dieses in seiner Qualität beeinträchtigt.

284 Dafür ist eine Verbesserung der Speichersysteme notwendig, damit die Technologie zu-
285 künftig auch ohne staatliche Umlagen im Wettbewerb bestehen kann. Für eine Technolo-
286 gie, die mit nur ca. 3% zur Nettostromerzeugung beiträgt, wurden seit Verabschiedung des
287 EEG geschätzte 60 Milliarden Euro Umlagen ausgezahlt. Die Einspeisevergütung muss
288 drastisch reduziert werden und der Aufbau von Großanlagen in Ländern mit vielen Son-
289 nenstunden gefördert werden.

290

291 **6. Biogasanlagen**

292 Energiegewinnung aus Biomasse hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Bio-
293 masse trägt zur regionalen Wertschöpfung bei, da annähernd 60% des Umsatzes in der
294 Region bleiben. Die Probleme kommen mit zunehmender Anlagengröße, da der Güllean-
295 teil kleiner und der Anteil von Energiepflanzen wie bspw. Mais zunimmt. Da Biogasanla-
296 gen über eine hohe Rendite verfügen, werden für den Mais höhere Preise bezahlt. Es
297 kommt zu einer Verdrängung der Viehwirtschaft. Die Nutzung von kommunalen Bioabfäl-
298 len und Grünmasse könnte dem entgegenwirken. Grundsätzlich bleibt die moralische Fra-
299 ge nach dem „Verbrennen“ von Lebensmitteln unbeantwortet.

300

301 **V. Schlusswort**

302 Der Betrieb von Windkraftanlagen muss sich rentieren und im Konsens mit der Bürger-
303 schaft vor Ort erstellt werden. Eine rasche Aufklärung der Bevölkerung über die aktuelle
304 Rechtslage bzw. die Situation im Landkreis Reutlingen ist notwendig.

305 Ein weiteres Problem der Windkraftanlagen ist der Konflikt mit der Naturlandschaftspflege,
306 da in unserem Landkreis sehr viele durch die FFH-Richtlinie geschützte Naturlandschaften
307 vorhanden sind.

308 Der Kreisverband der Jungen Union Reutlingen unterstützt sinnvolle Projekte zur Erzeu-
309 gung von Energie und sieht die zwingende Notwendigkeit damit verbundene Projekte zu
310 realisieren. Mittels Pumpspeicherwerken können Spannungen im Stromnetz optimal aus-
311 geglichen werden. Die Möglichkeit zur Errichtung solch einer „Batterie“ ergibt sich im
312 Landkreis Reutlingen am Albtrauf. Zudem ergibt sich ein vorrangiger Bedarf an zusätzli-
313 chen Stromleitungen und Speichersystemen, ohne die ein Ausbau der regenerativen E-
314 nergieerzeugungsmöglichkeiten zum scheitern verurteilt ist.